



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

B 79 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022–2025; mit Entwurf des Voranschlags 2022 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2022 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Antrag PFK zu S. 95 / H0-1010 Staatskanzlei - Allgemeine Verwaltung: Das Globalbudget 2022 der Staatskanzlei ist um 100 000 Fr. zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag der PFK war der einzige, der es in das Globalbudget 2022 geschafft hat. Es war ein Antrag aus dem Mitbericht der AKK, und er wurde mit 13 zu 3 Stimmen überwiesen. Wir danken für die Unterstützung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es gilt auch hier das bereits gestern Gesagte zu diesem Antrag im AFP. Die Regierung nimmt diesen entgegen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 97 zu 1 Stimme zu.

Antrag Cozzio Mario / Frey Maurus zu S. 151 / H1-6620 JSD – Polizeiliche Leistungen: Das Globalbudget ist im Jahr 2022 um 600 000 Fr. zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 12 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wie Sie wissen, geht es hier um das Babyboomer-Problem bei der Luzerner Polizei. Dieses wird ab dem Jahr 2027 akut. Es ist demnach ausreichend, wenn wir im AFP die entsprechenden Mittel einstellen und dann den notwendigen Aufbau der Polizei ermöglichen, um die vielen Pensionierungen der Babyboomer abzufedern. Das sind unsere Überlegungen zu diesem Antrag. Es reicht aus, wenn wir das im AFP aufnehmen. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 62 zu 34 Stimmen zu.

Antrag Roth David zu S. 195 / H2-3300 BKD - Gymnasiale Bildung: Das Schulgeld für die postobligatorische Schulzeit soll von 465 Fr. auf 365 Fr. reduziert werden. Der Voranschlag ist dementsprechend anzupassen.

David Roth zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Meyer Jörg zu S. 197 ff. / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung: Das Globalbudget 2022 der Dienststelle ist um 400 000 Fr. zu erhöhen zwecks Aufhebung der Halbierung der Kursbeiträge an Berufsbildnerinnen und Berufsbildner (B 55 Leistungen und Strukturen vom 23.10.2012) und Erhöhung der entsprechenden Kantonsunterstützung.

Jörg Meyer zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Heeb Jonas zu S. 201 / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung: Der Betrag für

Stipendien ist um 0,9 Mio. Fr. zu erhöhen, um den Zustand vor KP17 wieder zu erreichen.
Jonas Heeb zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Sager Urban zu S. 202 / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung: Der Betrag für Stipendien ist um 0,9 Mio. Fr. zu erhöhen, um den Zustand, wie er bei Revision des Stipendiengesetzes 2014 versprochen wurde, wieder zu erreichen.

Urban Sager zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Ledergerber Michael zu S. 202 / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung: Das Schulgeld in den vollschulischen Angeboten soll von 465 Fr. auf 365 Fr. reduziert werden. Der Voranschlag ist dementsprechend anzupassen.

Michael Ledergerber zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Koch Hannes zu S. 224 / H4-5020 GSD - Gesundheit: Das Globalbudget 2022 ist um 160 000 Fr. zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag, das Globalbudget um 160 000 Franken zu erhöhen, lag der PFK nicht vor. Ich kann keine Empfehlung abgeben.

Hannes Koch: Es geht den Grünen und Jungen Grünen darum, dass die Dienststelle Gesundheit eine sehr hohe Arbeitslast wegen Corona hat. Es stehen Projekte an, die für die Zukunft bewältigt werden müssen. Darum sind wir der Meinung, dass es Sinn macht, die Dienststelle personell aufstocken zu können. Schlussendlich genehmigen wir nur das Globalbudget, aber das wäre die Idee dahinter. Darum bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen. Den Antrag 9 für die 3,7 Millionen Franken ziehe ich hiermit zurück, darüber haben wir gestern bei der Beratung der Botschaft B 79 A diskutiert, und mein Antrag wurde dort unterstützt. Ich bitte Sie, die 160 000 Franken zu sprechen, über die 3,7 Millionen wird die Regierung selbst entscheiden.

Pia Engler: Die SP unterstützt den Antrag von Hannes Koch, das Globalbudget um 160 000 Franken zu erhöhen. Wir wollen auch, dass die Aufgaben in der Dienststelle erledigt werden können. Aber im Grundsatz sind wir der Ansicht, dass es die Aufgabe der Dienststelle ist, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Ressourcen im AFP eingestellt werden, damit sie ihre Aufgaben erledigen kann. Da stellt sich uns schon die Frage, welche Möglichkeiten die Dienststelle bei so einem Workload hat, um zu reagieren, wenn die Prozesse schon laufen. Hat jede einzelne Person einfach einen Stapel Arbeit auf dem Tisch, oder hört die Regierung, wenn die Dienststelle ihre Arbeit nicht mehr erledigen kann? Über eine Erklärung würden wir uns freuen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Selbstverständlich nehme ich gerne zu dieser Frage kurz Stellung. Jedes Departement vertritt seine Budgetanträge in der Regierung, und dann wird innerhalb des Gremiums entschieden, wo welche Mittel zugeteilt werden. Das ist ein ganz normaler Prozess. Ich möchte Sie aber im Namen der Regierung bitten, diesen Antrag abzulehnen. Das entsprechende Globalbudget beträgt 420 Millionen Franken. Wir sprechen hier von 0,04 Prozent. Da erübrigt sich die Diskussion. Dieses Globalbudget ermöglicht es, derartige Summen selbständig durch die verantwortlichen Personen zuzuteilen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 74 zu 28 Stimmen ab.

Antrag Koch Hannes zu S. 225 / H4-5020 GSD - Gesundheit: Das Globalbudget 2022 ist um 3,7 Mio. Fr. zu erhöhen.

Hannes Koch zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Ledergerber Michael zu S. 235 ff. / H5- GSD - Soziales und Gesellschaft: Die Ressourcen (Personal, Sachaufwand) für die Koordination der verwaltungsinternen und -externen Massnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden für Voranschlag 2022 (Globalbudget) bei der DISG um je 200 000 Fr. erhöht. Die vom Regierungsrat verabschiedeten Leitbilder definieren die Ziele und Massnahmen

Michael Ledergerber zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Candan Hasan zu S. 257 / H6-2052 BUWD - Öffentlicher Verkehr: Das

Globalbudget für den ÖV ist im Voranschlag 2022 um 5 Mio. Fr. zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag lag so nicht vor, ich kann keine Empfehlung abgeben. Das gilt auch für die Anträge 12 und 13.

Hasan Candan: Wir haben das Thema gestern diskutiert. Es war sehr spannend, von verschiedener Seite zu hören, dass die öV-Grundversorgung im Kanton Luzern nicht überall gewährleistet ist und der Kanton zu wenig Verantwortung übernimmt. Ich habe gestern das Beispiel von Geiss erwähnt. Dort wurde von 2016 bis 2019 eine Postautolinie installiert und dann wieder abgeschafft, weil sie zu teuer war. Die Gemeinde oder der Kanton wären zuständig gewesen. Menznau hat entschieden, dass diese Finanzlast für die Gemeinde nicht tragbar wäre. Da müsste der Kanton einspringen. Ich ziehe den Antrag zurück. Die SP wird zusammen mit den landwirtschaftlichen Vertretern ein Postulat einreichen, das die Erhöhung des Kostenteilers zulasten des Kantons fordert. Damit soll die Grundversorgung auf dem Land sichergestellt werden.

Hasan Candan zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Brücker Urs zu S. 266 / H7-2040 BUWD - Umwelt und Energie: Zwecks Finanzierung eines kantonalen Klima-Innovationsfonds ist das Globalbudget 2022 um 10 Mio. Fr. zu erhöhen.

Urs Brücker zieht seinen Antrag zurück.

Antrag Bärtsch Korintha zu S. 266 / H7-2040 BUWD - Umwelt und Energie: Das Globalbudget 2022 ist um 500 000 Fr. zu erhöhen.

Korintha Bärtsch: Wir stellen den Antrag, das Personalbudget der Dienststelle Umwelt und Energie im nächsten Jahr um 500 000 Franken zu erhöhen. Wir werden im Januar den Klimabericht diskutieren und viele Massnahmen beschliessen, die ausgearbeitet werden sollen. Unserer Meinung nach sollte man schon im Jahr 2022 mit der Arbeit beginnen und die Massnahmen vorantreiben können. Dafür braucht es Personal, und dieses möchten wir schon im Verlauf des Jahres 2022 anstellen können.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung bittet Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben die erforderlichen Mittel aufgrund des Klimaberichtes im AFP eingestellt, das gilt auch für den Personalbereich. Uns ist natürlich auch bewusst, dass die Massnahmen nicht ohne Personal umgesetzt werden können. Aber wir haben dies bereits mit einbezogen, und es liegt in der Verantwortung des Departementes, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, damit die geplanten Massnahmen umgesetzt werden können. Wir vertrauen darauf, dass das BUWD dies korrekt gemacht hat. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Der Rat lehnt den Antrag mit 71 zu 34 Stimmen ab.

Antrag Candan Hasan zu S. 276 / H8-2020 BUWD - Landwirtschaft und Wald: Für die dringenden Massnahmen zum Erhalt und Förderung der Biodiversität sowie der Schaffung einer ökologischen Infrastruktur sollen die finanziellen Ressourcen von 1,885 Mio. Fr. um 1,115 Mio. Fr. auf 3 Mio. Fr. erhöht werden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Die drei letzten Anträge 14, 15 und 16 lagen der PFK nicht vor. Die PFK kann keine Empfehlung abgeben.

Hasan Candan: Sie wissen es alle: der Biodiversität geht es sehr schlecht, auch im Kanton Luzern. 2019 haben wir gemeinsam den Planungsbericht Biodiversität beschlossen. Das ist wirklich ein sehr wichtiges Instrument, und ich danke der Regierung dafür, dass wir dieses in Angriff genommen haben. Zu Beginn wurde gesagt, dass wir mindestens 3 Millionen Franken bräuchten, um die Ziele des Bundes und unsere eigenen zu erreichen. Wir haben 2019 die finanziellen Mittel halbiert, weil gesagt wurde, dass wir kein Geld hätten. Wir waren uns alle darin einig, dass die Biodiversität wichtig ist und finanzielle Mittel braucht, aber zu diesem Zeitpunkt waren uns die Hände gebunden. Jetzt haben wir Geld, und es gibt keinen Grund, die verpassten Aufgaben nicht nachzuholen. Wenn wir das nicht jetzt tun,

steigen die Kosten, weil es der Biodiversität immer schlechter geht. Ich glaube, dass wir hier in diesem Rat diese Akzentuierung vornehmen können und die wichtigen Gelder für die Biodiversität, die verpasst wurden einzustellen, nun einstellen können.

Reto Frank: Der Erhalt der Biodiversität ist eine wichtige Komponente der Umweltpolitik. Sie dient dem Erhalt des Lebens im allgemeinen Sinn. Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) nimmt ihren politischen Auftrag auch in diesem Punkt wahr. Sie sorgt für die Förderung und Erhaltung der Biodiversität durch den Schutz, die Pflege und Aufwertungsmassnahmen im vitalen ländlichen Raum mit einer attraktiven Kulturlandschaft. Biodiversität kann man nicht einfach mit Geld erreichen. Entscheidend ist, wie der Mensch mit der Natur umgeht, beispielsweise keine Pestizide zu nutzen oder zusammenhängende landwirtschaftliche Flächen oder Waldgebiete zu fördern. Die SVP lehnt deshalb die Erhöhung um ganze 70 Prozent ab.

Daniel Piazza: Besten Dank an Hasan Candan für diesen Antrag. Die Mitte verschliesst sich diesem Anliegen gegenüber nicht. Wir sehen die Bedeutung der ökologischen Infrastrukturen gemäss dem Planungsbericht Biodiversität. Für uns ist es jedoch das falsche Vorgehen, jetzt einfach Geld einzustellen, ohne vonseiten der Verwaltung über die entsprechenden Ressourcen, Projekte und Massnahmen Kenntnisse zu haben. Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag aus diesem Grund ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung bittet Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben bei der Lawa im AFP das Globalbudget bereits erhöht. Wir sind der Meinung, dass das ein pragmatisches, gutes Vorgehen ist.

Der Rat lehnt den Antrag mit 74 zu 30 Stimmen ab.

Antrag Roth David zu S. 291 / H9-4031 FD - Finanzen: Der Beitrag 400 000 Fr. an die Schweizergarde für den Kasernenneubau ist zu streichen.

David Roth: Als Nachkomme von Gardisten, allerdings französischen Gardisten mit einer noch etwas unrühmlicheren Rolle in der Geschichte, habe ich eine gewisse Verbindung zum Söldnerwesen. Als ehemaliger Ministrant habe ich eine gewisse Verbindung zur katholischen Kirche. Viele von Ihnen haben vielleicht noch eine deutlich stärkere Verbindung zur katholischen Kirche und zur Tradition der Schweizergarde. Allerdings darf das in diesem Rat keine Rolle spielen. Wir sind ein Staat, der sich aus Bürgerinnen und Bürgern ganz unterschiedlichen Glaubens oder ohne Glauben zusammensetzt. Dieser Staat hat sich sicher nicht an den Sicherheitskosten eines Religionsoberhauptes einer bestimmten Glaubensgemeinschaft zu beteiligen. Das würde dann offensichtlich werden, wenn Sie sich vorstellen, dass wir die gleichen Beträge allen verschiedenen Religionsgruppen bei Anfragen zur Verfügung stellen würden. Das ist nicht die Aufgabe unseres Kantons. An wen würden wir dieses Geld entrichten? Es ist nicht eine Institution, die dringend auf dieses Geld angewiesen ist, weil sie ansonsten in gröbere Sicherheitsprobleme reinschlittern würde. Es ist auch nicht eine Institution, die Finanzprobleme hätte, wenn wir dieses Geld nicht sprächen. Es ist auch nicht eine Institution, die historisch nicht beweisen konnte, dass sie mit Betteltouren erfolgreich sein und sich über Hunderte Jahre finanzieren kann. Darin ist der Vatikan Profi, und er könnte das Geld ganz normal bei seinen grosszügigen Gönnerinnen und Gönnern auftreiben. Es ist sicher nicht unsere Aufgabe, Geld nach Rom zu schicken, Geld an einen schuldenfreien Staat zu schicken und Geld an einen Staat zu schicken, der nur eine bestimmte Religionsgemeinschaft und damit nur einen Teil der Luzerner Bevölkerung vertritt, wenn er denn überhaupt diese Religionsgemeinschaft vertritt. Dabei müssen auch unsere Entscheide der Vergangenheit und Gegenwart berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass wir Geld an einen reichen Staat schicken, wenn wir gleichzeitig nicht bereit sind, das Schuldgeld für Kinder zu erlassen oder Prämienverbilligungen für mittellose Familien oder Familien des unteren Mittelstandes auszubezahlen. Ein solches Zeichen dürfen wir hier nicht setzen. Wir haben nicht Geld in der ganzen Welt an die reichsten Staaten zu verteilen, wir müssen unser Geld dort einsetzen, wo es benötigt wird. Entsprechend bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Guido Roos: Die Mitte-Fraktion wird den vorliegenden Antrag zur Streichung des Beitrags

des Kantons Luzern an den Kasernenneubau der Schweizergardisten ablehnen. Die Schweizergarde ist eine der besten und lebhaftesten Visitenkarten der Schweiz, und das seit mehr als 500 Jahren. Die Schweizergarde steht für Treue, für Dienen, für Verlässlichkeit und für das Tragen einer solidarischen Verantwortung für andere Menschen. Die ganze Schweiz hat eine sehr lange Tradition mit der Schweizergarde, eine ganze spezielle hat der Kanton Luzern. Er hat in der Geschichte und auch heute immer sehr viele Mitglieder und Kommandanten gestellt. Beim Neubau der Kaserne für die Schweizergarde geht es um eine zeitgemässe Investition für die Mitglieder der Schweizergarde, also für junge Schweizer, für Luzerner und für heute, morgen und die nächsten Jahrzehnte. Eine Mehrheit der Zentralschweizer Kantone und weitere Kantone haben die Unterstützung des Projektes mit 1 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner bereits beschlossen. Es wäre kein gutes Zeichen, wenn der Kanton Luzern mit seiner langen Tradition hier abseits stehen würde. Wir werden das entsprechende Dekret an einer der kommenden Sessionen beraten. Diese Diskussion würden wir besser bei der Detailberatung dieses Geschäftes führen und dann den definitiven Beschluss fällen. Aus diesen Gründen wird die Mitte-Fraktion den Antrag ablehnen, und wir bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Armin Hartmann: Auch die SVP-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Es geht mir wie meinem Vorredner. Auch wir sind der Meinung, dass die Diskussionen eigentlich im Rahmen des Dekrets erfolgen sollten. Wenn wir den Budgetkredit so einstellen, bleibt der Kredit gesperrt, bis das Dekret von uns verabschiedet wird. Die Garde geniesst auch in der SVP viele Sympathien. Sie hat einen hohen historischen und gesellschaftlichen Wert, speziell für den Kanton Luzern. Die Garde gibt der Schweiz eine positive Ausstrahlung in die Welt hinaus. Vermutlich könnte man irgendein Land der Welt fragen, ob es die Garde übernehmen und nach seinem Land umbenennen würde, dies würde wohl kaum ein Land ablehnen. Wer die Garde auf die Glaubensfrage reduziert, wird ihr nicht gerecht. Wir wollen die Tradition aufrechterhalten, die Garde soll eine neue Kaserne erhalten. Die detaillierte politische Diskussion muss im Rahmen der Botschaft erfolgen. Heute sind wir der Meinung, dass man den Kredit so einstellen sollte. Aus diesem Grund werden wir den Antrag ablehnen.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion ist unzufrieden mit dem Antrag, denn er greift vor. Aus unserer Sicht soll die Diskussion zu diesem Thema zuerst im Rahmen der ordentlichen Beratung der Botschaft B 89 stattfinden und erst nach der Schlussabstimmung das Budget gegebenenfalls beeinflussen. Die GLP unterstützt den Antrag inhaltlich grundsätzlich, wird die Argumente jedoch erst bei der ordentlichen Beratung erläutern.

Fabrizio Misticoni: Das ist quasi der Prolog zur Debatte an der nächsten Session. Ich fasse mich deshalb eher kurz und spare mir historische Ausführungen über Traditionen und die Auswirkungen der Reisläuferei in der Zentralschweiz. In Anbetracht der wohl kommenden Steuersenkung ist für uns der Vatikan als einer der grössten Land- und Immobilienbesitzer weltweit definitiv nicht der richtige Ort für eine höchst kontroverse Investition, notabene eine Investition, die nur einem wirklich sehr kleinen Teil der männlichen Luzerner Bevölkerung zugutekommt. Es wäre eine Spende an eine eher konservative Institution, deren aktueller Kommandant in einem Interview mit einem Lachen erwähnt hat, dass Frauen bei ihnen immerhin als Sekretärinnen arbeiten können. Ich bin überzeugt, dass sich genügend private Investoren finden, welche die Haltung und die Tradition der Schweizergarde unterstützungswürdig finden. Es gibt bereits zwei grosse Stiftungen für die Schweizergarde. Es braucht nicht auch noch den Beitrag der Luzerner Steuerzahlerinnen und -zahler. Die G/JG-Fraktion unterstützt darum den Antrag.

Patrick Hauser: Wir werden auch bei diesem Antrag unsere Haltung beibehalten und die Anträge ablehnen, die in der PFK keine Mehrheit gefunden haben. Der Antragssteller hat ausgeführt, dass er eine weit zurückreichende Verbindung zur Institution der katholischen Kirche habe. Ich teile Ihnen im Sinn einer Interessenbindungsbekanntgabe mit, dass ich diese nicht habe, denn ich bin Protestant. Aber es geht hier nicht darum, dass man in Rom eine Kirche bauen will, sondern dass man eine Kaserne mit Unterkunfts- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Schweizergardisten schafft, die der heutigen Zeit

einigermassen gerecht wird. Dass wir hier nicht allein unterwegs sind, lässt sich daran ableiten, dass der Bund eine Botschaft im Vatikan installieren will. Es geht aber nicht nur darum, dass man ein Gebäude mit finanziellen Mitteln erneuern will, sondern auch darum, dass man die tiefe Verbundenheit des Kantons Luzern mit der Garde über viele Gardisten, aber auch viele Kommandanten in der langen Geschichte der Garde dokumentieren will. Für die heutige Unterbringung der Garde ist der Begriff «Zumutung» nicht weit hergeholt. Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie im Namen der Regierung, diesen Antrag abzulehnen. Erstens: Es geht hier nicht um einen Beitrag an den Vatikan, wie das dargestellt wurde, sondern darum, den Neubau einer Kaserne einer Schweizer Institution zu ermöglichen. Die erwähnte Stiftung wurde bei uns vorstellig und will einen Anteil öffentliche Gelder, aber auch einen sehr grossen Anteil privater Gelder dazu beitragen. Das wesentliche Argument ist, dass wir Ihnen ein Dekret unterbreiten werden, und das ist dann der richtige Zeitpunkt, diese Diskussion zu führen. Ich bitte Sie, diese Diskussion mit einer Ablehnung dieses Antrags zu ermöglichen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 66 zu 39 Stimmen ab.

Antrag Meier Anja zu S. 299 / 1. Erfolgsrechnung: Im Voranschlag 2022 ist für das generelle Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwandes 1 Prozent einzustellen. Der gesamte Personalaufwand ist um ca. 3,5 Mio. Fr. zu erhöhen.

Anja Meier: Die Verwaltung ist für die Sicherstellung des Service public zentral und die unverzichtbare Grundlage für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben zugunsten der Bevölkerung. Das funktioniert aber nur, wenn der Kanton Luzern nicht nur davon spricht, ein guter Arbeitgeber zu sein, sondern seinen Worten auch Taten folgen lässt. Ein solches Versprechen ist dem Personal im Rahmen des Kahlschlagprogrammes KP17 und der mehrjährigen Nullrunden gemacht worden. Der Kanton Luzern soll von den mehrjährigen Nullrunden wegkommen und zu einer verlässlicheren Lohnpolitik zurückfinden. Bei der Beratung des letzten AFP vor einem Jahr hat der Kanton Luzern in Anbetracht der pandemiebedingten ungewissen Finanzlage das Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwandes von 1 auf 0,5 Prozent reduziert. Ein Jahr später befindet sich der Kanton zwar in einer finanziellen Schönwetterlage, doch das Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwandes beträgt nach wie vor 0,5 Prozent. Mit anderen Worten: das Personal wird einmal mehr im Regen stehen gelassen. Es ist eine Lücke der vergangenen Abbaumassnahmen, die in diesem Jahr nicht geschlossen wird. Wieso zuwarten, wieso bei diesem Überschuss den Angestellten die gemachten Versprechen nicht jetzt erfüllen? In der heutigen Ausgangslage ist es nicht eine Frage des finanziellen Könnens, sondern des politischen Willens. Während im Privatsektor in den letzten Jahren eine durchaus ansehnliche Lohnentwicklung stattgefunden hat, sind die Löhne beim Kanton Luzern nach wie vor unterdurchschnittlich. Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es bei der Lohnentwicklung Kontinuität und Verlässlichkeit. Aus diesem Grund fordert der Antrag eine Erhöhung des generellen Wachstums des Personalaufwandes im Voranschlag um 0,5 auf 1 Prozent, was ungefähr 3,5 Millionen Franken entspricht. Diese Zahl bezieht sich auf den gesamten Personalaufwand, kann dann aber auf die jeweiligen Aufgabenbereiche heruntergerechnet werden. Die Anforderungen und die Belastung des Staatspersonals haben in den letzten Jahren trotz Lohnnullrunden und Abbaumassnahmen zugenommen. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir aber im öffentlichen Dienst das beste Personal. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir die Krise nur mit einem starken Service public meistern. Das sind die Menschen, die für den Kanton arbeiten, Verwaltungsangestellte, welche die von der Regierung und vom Kantonsrat getroffenen Massnahmen umsetzen, erklären und sehr viel Widerspruch aushalten müssen – Lehrerinnen und Lehrer, die in den letzten Monaten vor einen immensen Mehraufwand gestellt wurden, um die Bildung aufrechtzuerhalten, und Polizistinnen und Polizisten, welche die Einschränkungen umsetzen und die staatlichen Massnahmen direkt vor der Bevölkerung verteidigen müssen. Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitgeberattraktivität ist eine Work-Smart-Charta oder mobil-flexibles Arbeiten zwar ein richtiger, ergänzender und

innovativer Ansatz, am Ende des Tages braucht es für die Bestreitung der Lebenskosten jedoch eine faire Entlohnung. Erfreulicherweise sind strukturelle Lohnmassnahmen bei höheren Führungs- und Fachkadern vorgesehen, um auf zum Teil grosse Herausforderungen bei der Rekrutierung zu reagieren. Als wir im letzten Mai das Postulat von Markus Bucher über nichtmonetäre Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität diskutiert haben, waren wir uns in diesem Saal fraktionsübergreifend darin einig, dass die Arbeitgeberattraktivität unabhängig von der Hierarchiestufe für sämtliche Mitarbeitende gefördert werden muss. Die Geschäftsführerin des Luzerner Staatspersonalverbandes (LSPV), Inge Lichtsteiner-Achermann, hat in der Debatte festgehalten, dass es auch auf Stufe Sachbearbeiter für den Kanton zunehmend schwieriger wird, mit der Privatwirtschaft mithalten. Wenn Sie den damaligen Worten und dem Applaus Taten folgen lassen wollen und im vorliegenden Voranschlag die richtigen Weichen dafür stellen wollen, dann stimmen Sie dem Antrag bitte zu.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion unterstützt den Antrag. Durch die Sparmassnahmen der letzten Jahre wurde die Lohnentwicklung beim kantonalen Personal ausgesetzt. Es ist jetzt an der Zeit, die vernachlässigte Lohnentwicklung wieder zu reaktivieren und gegenüber den Arbeitnehmenden die Wertschätzung auch finanziell auszudrücken und den Kanton Luzern abgesehen von anderen relevanten Faktoren als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Die finanzielle Situation des Kantons Luzern lässt es zu, bereits im Jahr 2022 eine Anpassung um 1 anstatt 0,5 Prozent zu budgetieren.

Fabrizio Misticoni: Der Rat debattiert und beschliesst Steuersenkungen, und gleichzeitig wissen wir alle, dass es für den Kanton Luzern als Arbeitgeber immer schwieriger wird, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Ja, es liegt nicht immer nur an den Löhnen, aber sicher auch. Aus unserer Sicht fehlt es an Wertschätzung, wenn man die Steuern massiv senken will und das Personal gleichzeitig zu wenig berücksichtigt. Das Personal litt immer unter dem Spardruck und hat in der Pandemie Grosses geleistet. Qualifiziertes Personal zu finden, weiterzubilden und so auch für die Verwaltung zu erhalten, ist eine nachhaltige Investition. Die G/JG-Fraktion unterstützt den Antrag.

Guido Roos: Die Mitte-Fraktion wird den vorliegenden Antrag zur Erhöhung des Wachstums des budgetwirksamen Personalaufwandes von 0,5 auf 1 Prozent ablehnen. Wir schätzen die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons sehr. Sie leisten immer sehr gute Arbeit, speziell auch in den von Corona geprägten Zeiten. Wir müssen uns bewusst sein, dass dieser Antrag alle Globalbudgets betreffen würde. Wir müssten schauen, wie wir formell damit umgehen, aber es geht nicht um das Formelle. Die Regierung plant für das Personal für das nächste Jahr eine Lohnerhöhung von 1 Prozent. Finanziert wird das zur Hälfte durch die Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwandes und zur anderen Hälfte durch Mutationsgewinne. Aufgrund der aktuellen Teuerung beurteilen wir eine Lohnerhöhung von 1 Prozent als gut und wettbewerbsfähig. Zudem können Sie dem AFP entnehmen, dass die Regierung für die danach kommenden Jahre 2023 bis 2025 nebst einem Steuerfuss von 1,6 Einheiten ein doppelt so hohes Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwandes eingestellt hat, nämlich 1 Prozent. Die Regierung denkt also zugunsten des Personals sehr gut voraus und will in den kommenden Jahren mehr Lohn zur Verfügung stellen. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab und bitten Sie, uns zu folgen.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Ich wollte eigentlich zu diesem Thema nichts sagen, aber Anja Meier hat mein Votum erwähnt. Ich möchte dieses ein Stück weit richtigstellen. Ich bin auch nicht für die Erhöhung, wie sie im Moment eingestellt ist. Die Erhöhung um 1 Prozent wird in den nächsten Jahren in Aussicht gestellt. Punktuell hat aber auch der Staat Lohnmassnahmen vorgenommen und korrigiert, vor allem auch im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer. Für mich ist es schwierig, hier Stellung zu nehmen. Ich werde mich der Abstimmung enthalten.

Melanie Setz Isenegger: Wir haben schon einige Voten gehört, vor allem von grüner und grünliberaler Seite. Ich danke für die Unterstützung des Antrags von Anja Meier. Ich danke Guido Roos, dass er gezeigt hat, dass es sich bei diesem Vorstoss nicht um eine formelle Unmöglichkeit handelt, sondern die Mitte heute einfach keine Erhöhung und damit das

Personal nicht unterstützen will. Machen wir nicht den gleichen Fehler, den wir beispielsweise bei den Pflegenden gemacht haben, wo wir jahrelang gesagt haben, dass wir irgendwann etwas machen würden. In der Zwischenzeit steigen sehr viele Personen aus, weil sie Änderungen bei den Arbeitsbedingungen gefordert und jetzt nicht mehr die Kraft haben und auch nicht mehr so arbeiten wollen. Sie suchen sich andere Stellen. Wir haben in verschiedenen Bereichen einen Fachkräftemangel, auch in der Verwaltung. Wir müssen heute etwas machen, damit dies besser funktioniert, und nicht abwarten bis zu den nächsten AFP oder Voranschlägen. Es ist jetzt dringend, wir müssen jetzt Personal aufbauen und unsere Attraktivität steigern, sonst haben wir in einigen Jahren das gleiche Problem, das wir in anderen Bereichen haben, sei es bei der Pflege oder der Polizei. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag für das Personal im öffentlichen Dienst zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung bittet Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind mit 1 Prozent beim Personalwachstum im Durchschnitt der letzten Jahre nicht so schlecht unterwegs und sehen eine Erhöhung des Wachstums auf jährlich 1,5 Prozent in den AFP-Jahren vor. Für uns war aber massgebend, dass wir uns auch an den Verhältnissen der Wirtschaft orientieren. Wir gehen davon aus, dass angesichts der aktuellen Herausforderungen ein nationaler Durchschnitt von 1 Prozent eine realistische Personalentwicklung darstellt und wir gegenüber der Privatwirtschaft nicht abfallen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 71 zu 38 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2022 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 97 zu 16 Stimmen zu.